

ROLAND BACH

Ein Jahr später.

Die NPD seit der Einstellung des Verbotsprozesses durch das BVerfG am 18. März 2003

Vor einem Jahr, am 18. März 2003, entschied das Bundesverfassungsgericht, den Verbotsprozess gegen die rechtsextremistische NPD einzustellen. Zwar wurde in der Sache, dem Nachweis der neonazistischen Betätigung dieser Partei, ihrer gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Grundgesetzes gerichteten Aktivitäten überhaupt nicht verhandelt, ihr also kein genereller Freibrief ausgestellt, doch versuchten ihre Führer natürlich sofort, die Niederlage der Antragsteller (Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat) als großen Sieg der nationalistischen Kräfte hinzustellen und eine neue Offensive der Volksverhetzung und provokatorischer Aktionen zu starten.

Berlin, März 2004

Dabei erging man sich in den Stellungnahmen in Spekulationen, wie es rasch gelingen könnte, das in den Monaten zuvor verlorengegangene Terrain im politischen Raum überhaupt und in der rechtsextremen Szene im Besonderen zurückzugewinnen. In der Tat hatten schon die Verbotsdrohungen gegenüber der NPD für große Verunsicherung unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten gesorgt. NPD-Vorsitzender Udo Voigt räumte ein, dass die NPD im Zeitraum 2002/2003 rund 1000 Mitglieder verlor (von 6.500 Mitgliedern blieben noch 5.500). Bei der Bundestagswahl 2002 hatten zwar 88.661 Wähler mehr als 1998 ihre Stimme der NPD gegeben, aber 0,4 Prozent Stimmenanteil reichten nicht, in den Genuss der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu kommen (die Grenze liegt bei 0,5 Prozent). Daher hatten sich zugleich die Finanzprobleme verschärft, so dass die NPD im Jahre 2003 auch nicht zu den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Bayern sowie zur Wahl der Bremer Bürgerschaft antrat. Die Aufdeckung der zahlreichen Spitzel des Verfassungsschutzes in den Führungsgremien der NPD führte nicht nur zu der bekannten Entscheidung des Karlsruher

BVG, sondern verstärkte zugleich im rechtsextremen Lager das Misstrauen gegenüber der NPD. Es erschwerte es ihr, Bündnisse in diesem Lager anzubieten und sich als beklagenswertes Opfer staatlicher Repression darzustellen, dem man die notwendige Unterstützung und Solidarisierung angesichts drohenden Verbots nicht verweigern könne. In bestimmten Kreisen, z.B. bei den Republikanern, konnte man deutliche Zeichen der Häme gegenüber der NPD feststellen.

Nun, nach dem 18. März, erhoffte man ein neues »Aufbruchsignal« für die NPD, wollte man den »Rückenwind nutzen«, wieder verstärkt in »politische Erscheinung« treten. Für 2004 wurde sogleich auch wieder eine Teilnahme an Wahlkämpfen angekündigt.

Überblickt man nun die vergangenen zwölf Monate, so ergibt sich ein sehr ambivalentes Bild. Vielen Aktionen der NPD zum Trotz zeigen sich weiter tiefe Risse in ihren Reihen. Der erwartete große Zugewinn blieb aus. Im Zwischenbericht vom September 2003 schätzte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (wo nach Sachsen und Bayern der drittgrößte Landesverband der NPD existiert) ein, dass die Partei von der Verfahrenseinstellung nicht profitieren konnte, sondern in einer existenziellen Krise stecke. Nur wenige Kreisverbände seien tatsächlich aktiv und viele bestünden nur auf dem Papier. Auch im Lagebericht der Berliner Innenbehörde vom November 2003 wurde geurteilt, dass sich die NPD Berlins (die sich seit April 2003 vom gemeinsamen Landesverband mit Brandenburg getrennt hatte) in einer Krise befinde. Sie gelte in weiten Teilen der aktionsorientierten Neonaziszene nicht mehr als akzeptabel, werde als »Systempartei« angesehen.

Als sich die NPD-Führung Ende August den Leitungen der DVU, der Republikaner und der Deutschen Partei als gemeinsamer Akteur für den bevorstehenden Europawahlkampf anbot, waren dennoch ihre Führungsansprüche nicht zu übersehen, die jedoch abgelehnt wur-

den. Mit Ausnahme des DP-Vorsitzenden Kappel erntete sie nur ausweichende und ablehnende Reaktionen. So fiel sie zurück in böses Geschimpfe über die Republikaner als »Totengräber« im rechtsextremen Lager.

Aus diesen Entwicklungen und der Zerstrittenheit bei den Republikanern und der DVU selbst zog Helmut Lölhöffel im sozialdemokratischen »Blick nach Rechts« kürzlich die Schlussfolgerung, dass es für die rechtsextremen Parteien im Superwahljahr 2004 kaum Sprünge nach oben geben dürfte.¹ Bekanntlich habe sich auch die rechtspopulistische Schill-Partei gespalten und sehe nach ihrem spektakulären Anfangerfolg in Hamburg 2001 eher weiteren Niederlagen entgegen. Lölhöffel mahnte aber bei den Prognosen zugleich Vorsicht an, da zum Beispiel verbreitete Enttäuschung über »unbeliebte politische Entscheidungen« rasch den Rechtsextremen wieder plötzlich unerwarteten Zulauf bescheren könnten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es angezeigt, die Aktivitäten der NPD im vorigen Jahr und in der Gegenwart einer detaillierteren Analyse zu unterziehen und sich nicht auf die oft beschönigenden Aussagen der Verfassungsschützer zu verlassen.

Neue Aktivität auf der Straße

Nach einer Aufrechnung des Soziologen Fabian Virchow ist die Zahl der jährlich stattfindenden neofaschistischen Demonstrationen und Aufmärsche in der Bundesrepublik deutlich angestiegen. Waren es 1997 noch 25 solcher Aktionen mit mehr als 50 Teilnehmenden, so waren es in den Folgejahren 46 (1998), 53 (1999), 70 (2000), 107 (2001) bzw. 84 (2002). Hinzu kamen eine Vielzahl kleinerer Demonstrationen. Auch 2003 lässt sich ein ähnlicher Umfang der neofaschistischen Aktivität auf der Straße ermitteln. Damit ist angezeigt, dass es sich nicht nur um eine rein quantitative Vergrößerung handelt, sondern dass mit solcher Zunahme auch eine qualitative Veränderung des öffentlichen Auftretens des Neofaschismus in der Bundesrepublik gegenüber den achtziger Jahren stattgefunden hat.

Was früher eine bundesweite Mobilisierung erforderte, um 100 oder 200 Anhänger auf die Beine zu bringen, und im Verlauf eines Jahres nur selten zustande kam, wird heute in viel kleinerem Umkreis erreicht. Praktisch finden heute jedes Wochenende neofaschistische Demonstrationen bzw. Aufmärsche statt, manchmal auch mehrere gleichzeitig. In einigen Fällen erfassten die Veranstaltungen bis zu 5000 Teilnehmer. Die NPD hatte an dieser Entwicklung erheblichen Anteil. Mit

ihrer Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« am 1. März 1997 in München war ihr ein Signal gelungen, das die Veränderung der Situation deutlich machte. Von ihren führenden Kadern wurde dies später als »Durchbruch« gefeiert. In den Folgejahren gehörte zu den Aufmärschen auch das Auftreten gegen das drohende Verbot der NPD. Bei anderen Demonstrationen musste sich die NPD aus taktischen Gründen zurückhalten, also vor der Verbotsdrohung zurückweichen.

Nach dem 18. März 2003 konnte die NPD ihre diesbezügliche Zurückhaltung aufgeben und auch insgesamt hat die erheblich gestiegene »Rechtssicherheit«, d. h. die zu Gunsten der neofaschistischen Organisatoren ergangene Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts, das Risiko gemindert. Udo Voigt erklärte deutlich, es gäbe keinen Grund mehr, sich in national-konservativen Konkurrenzparteien oder Mitorganisationen zu verstecken. Die NPD behält also ihr grundlegendes 3-Säulen-Konzept »Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente« bei und betont immer wieder gerade die Wichtigkeit, ja den Vorrang des Ersteren.

Der bereits erwähnte Soziologe Fabian Virchow schreibt dazu: »Sind diese Demonstrationen und Aufmärsche für NPD und neonazistische »Kameradschaften« ein wichtiges Vergemeinschaftungsmoment, bei dem zeitweise ein Emotionskollektiv geschaffen wird, so sollen sie zugleich in die Gesellschaft hineinwirken. Als ein zentrales Ziel der Demonstrationen in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der neofaschistischen Bewegung gilt den Organisatoren die (juristisch und politisch abgesicherte) Durchsetzung des Rechts auf gleichberechtigte Teilnahme am politischen Diskurs einschließlich derzeit strafbewehrter Inhalte. Zugleich will sich die NPD gegenüber den Anhängern von DVU und REP als politisch handlungsfähige Kraft präsentieren, die zu einer wachsenden Bandbreite von Themen entwickelte Standpunkte vorlegen kann. Neben den oben genannten Gewöhnungseffekten wird zudem versucht, die Möglichkeit des offenen Auftretens als »Nationalsozialisten« und damit das Unterlaufen des NSDAP-Verbots voranzutreiben.«²

Dennoch haben das Anwachsen der Zahl neofaschistischer Aufmärsche und die rechtliche Situation nach dem 18. März nicht dazu geführt, dass die NPD ihre Rolle als Vorreiter auf der Straße ausweiten konnte. Sie ging im Gegenteil zurück.

Zwar erschien auch 2003 die NPD als Anmelder, Organisator und Mobilisator für eine ganze Reihe von Demonstrationen und Aufmärschen. Die größten fanden

1 Helmut Lölhöffel: Verantwortung. In: »blick nach rechts«, Nr. 1/2004, S. 1.

2 Fabian Virchow: »Man hat sich an uns gewöhnt ...« In: »antifa«, Dez. 2003/Jan. 2004, S. 9.

in Berlin zum 1. Mai und im August in Meerane als Pressefest der »Deutschen Stimme« statt. Andere richteten sich gegen den Irak-Krieg der USA oder gegen die Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Die Losungen und Fahnen der NPD waren in Lüneburg, Pasewalk, Hannover, Erfurt, Hamburg, Braunschweig und Straubing zu sehen. In zahlreichen Orten erschien die NPD als grundsätzlicher Unterstützer der Aktion, als Anmelder gemeinsamer Aufmärsche, mit Rednern, die neben anderen auftraten, als Helfer einer kulturellen Umrahmung von Veranstaltungen (mit solchen »nationalen Barden« wie Jörg Hähnel) oder stellte sich mit ihren Kommunalvertretern schützend vor neofaschistische Aktivitäten (wie etwa der Nürnberger Ralf Ollert in Mittelfranken).

Zugleich aber ist deutlich zu erkennen, dass die Szene der Demonstrationen und Aufmärsche heute zunehmend von »Kameradschaften« und »Freien Nationalisten« dominiert wird. Zwar wird die Hilfe durch Mitglieder der NPD gern gesehen, aber es mehren sich auch die Beispiele des Übertritts ehemaliger NPD-Funktionäre zu den Kameradschaften sowie Aktionen, bei denen Anhänger der NPD keine Rolle mehr spielen, und es gibt auch parallele und konkurrierende Veranstaltungen. So spielte zumindest im Erscheinungsbild der größten Nazidemo des vergangenen Jahres, dem Gedenkmarsch für Rudolf Heß in Wunsiedel, die NPD keine Rolle mehr. In Hamburg riefen NPD-Kader und »Freie Nationalisten« zu getrennten Aufmärschen gegen die Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Naziwehrmacht auf. Mit den Demo-Aktivitäten des Neonazis Christian Worch vom »Aktionsbüro Norddeutschland«, der quer durch die ganze Bundesrepublik ununterbrochen Märsche anmeldet und organisiert, kann sich kein NPD-Funktionär messen. Von einer einfachen Unterordnung der Neonaziszene unter die NPD-Führung kann also keine Rede sein. Umso deutlicher sind daher immer neue Angebote der NPD, um aus der Szene nicht nur Mitstreiter für gemeinsame Aktionen, sondern auch neue Mitglieder zu gewinnen. Neben neuen Anmeldungen für von der NPD allein getragene Märsche in Osna-brück, Nordhausen, Dresden und anderen Orten spielt dabei der Aufruf »Volksgemeinschaft statt Globalisierung – Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre« zum 1. Mai 2004 in Berlin eine besondere Rolle. Hier wollen NPD-Parteiführung und »Freie Nationalisten« erstmalig seit dem 18. März 2003 gemeinsam eine zentrale Veranstaltung organisieren, um dem Vernehmen nach zu zeigen, dass man sich nicht auseinander dividieren lasse. Eine gemeinsame Infoseite wurde dazu installiert. Der in Berlin provokatorisch angemeldete Marsch gehört zu einem Gesamtkonzept, demzufolge gerade in der »Reichshauptstadt« nach dem Beispiel früherer SA-Aufmärsche die »Straße frei« gekämpft werden soll.

Geschwächte Organisation soll gestärkt werden

Dass die NPD nach dem 18. März auf Grund der vergangenen Auseinandersetzungen organisatorisch geschwächt dastand, war ihren Führern natürlich bewusst. Parteivorsitzender Voigt schrieb in der »Deutschen Stimme« im Mai 2003, dass man im letzten Jahr habe »Federn lassen müssen«, weshalb er nun die Notwendigkeit einer personell gestärkten NPD, »die das Volk zur Freiheit hinreißt«, deklamierte. Um nach seiner Wunschvorstellung »mittelfristig politische Durchbrüche auf dem Weg zur Macht« erzielen zu können, sollte das laufende Jahr 2003 vor allem zu Schulungen und zu einer Struktur- und Verbandsreform genutzt werden. Auf dieser Grundlage soll im Jahr 2004 verstärkt der »Kampf um die Parlamente« mit dem Anspruch auf Überwindung der Fünf-Prozent-Sperrklausel auf Länderebene angegangen werden. Für die künftigen Kampagnen mit dem Ziel stärker an die Öffentlichkeit zu gelangen, würden aber mehr Mitglieder und mehr Kapital benötigt.

Um die Mitgliederwerbung anzukurbeln und die Mitgliederverluste der vergangenen Monate auszugleichen, griff Voigt in mehreren Beiträgen gleich selbst noch einmal zur Feder. Sehr detailliert erörterte er die Voraussetzungen für die Werbekampagnen in den Kreisverbänden, deren Leitung und Planung, über die Auswahl und das Training der »Werber«, die Notwendigkeit einer »gepflegten und aktuellen Interessentenkartei«. Es folgten Erörterungen über die möglichen Ursachen, weshalb sich von Interessenten, die sich bei der NPD meldeten, die auch Informations- und Werbematerial bezogen, nur ein geringer Teil schließlich für eine Mitgliedschaft entschied. Den organisatorischen Schwächen der Partei selbst (»weiße Kreise«, wo die NPD nicht existiert, fehlende Kontaktmöglichkeiten vor Ort, nachlässiges Arbeiten der Funktionäre) maß er dabei eine nicht geringe Rolle bei. Voigt verlangte daher, dass es in jedem Gebiet Deutschlands Ansprechpartner der NPD geben müsse, dass der Widerstand mancher Verbände gegen Umstrukturierungen oder Zusammenlegungen überwunden werden müsse. In weiteren Teilen seiner Serie beschrieb er die Methodik des »Fronteinsatzes« (!), d. h. der Hausbesuche und Gespräche, die Notwendigkeit von Geselligkeit und Gemeinschaftserlebnissen (Besuch von Volksfesten, Dampferfahrten, Kinderfesten) und die Einbeziehung von Ehepartnern, Freunden und Bekannten in Feiern.

Schließlich aber kam Voigt wieder auf seine nationalstisch-militanten Kernforderungen zurück, betonte, dass es um die Gewinnung »qualifizierter« Mitglieder gehe, dass stets der Grundsatz »Klasse statt Masse« zu berücksichtigen sei und verlautbarte als sein Credo: »Die NPD ist keine Partei wie die anderen Parteien,

sondern gegen sie!« Entsprechend seien nicht Mitglieder, die aus einer Bierlaune heraus in die NPD eintreten, sondern politische Mitstreiter gefragt, die das Risiko ihres Einsatzes kennen würden und abwägen, ob sie die NPD aktiv oder passiv (stille Beitragszahler) unterstützen. Miesmacher, Mäkler und Unzufriedene schaden der Gemeinschaft und sollten aus der Organisation »ausgeschwitzt« werden.

In ähnlicher Manier wirbt die NPD auch um neue Leser für ihr Parteiorgan »Deutsche Stimme«. Verlag und Redaktion sind mittlerweile im sächsischen Riesa fest etabliert, aber gesunkene Mitgliederzahlen und säumige Beitragszahler haben auch Einbrüche bei den Abonnentenlisten hinterlassen. Daher wurde eine Kampagne für 1000 neue Abonnenten gestartet, von denen nach Lesart der NPD jeder »ein Schlag ins Gesicht der Herrschenden« und ein »geistiger Soldat« für ein anderes Deutschland sein soll. Zur Aufbesserung der Finanzlage fehlt es natürlich auch nicht an immer neuen Geldsammlungen der NPD für Wahlkämpfe, für das Schulungszentrum oder für Aktionen.

Einige Mühe bereitete es dem Parteivorstand auch, zur Stabilisierung der Organisation strukturelle und personelle Entscheidungen durchzusetzen. Diese scheinen aber zumindest bei den größten Sorgenfällen jetzt erreicht zu sein. Die Querelen im Landesverband Berlin-Brandenburg wurden im April 2003 durch die Trennung in zwei Landesverbände und die Wahl eigener Leitungen erst einmal beendet, wobei den Berlinern stärkere neonazistische Tendenzen nachgesagt werden. Damit verfügt die NPD jetzt über 16 Landesverbände mit 187 Kreisorganisationen. Mehrere führende NPD-Kader wie Schwerdt, Eigenfeld, Rossmüller und andere wurden bei Wahlen zugleich in wichtigen Landespositionen verankert. In besonders schlechter Erinnerung ist der Zentrale die Situation im Land Schleswig-Holstein geblieben. Dort hatte eine Zeitlang eine offen neonazistische Gruppierung um Borchert die Macht übernommen, die auch mit terroristischen Strukturen (»Combat 18«) verbunden war. Im Herbst 2003 gelang es dann, diese »Riege« zu entmachten, gemäßigte Kräfte um den neuen Landesvorsitzenden Uwe Schäfer in den Sattel zu heben und sich von den Provokateuren der neonazistischen Szene im Norden der BRD, gegen die auch wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt wird, zumindest formell abzusetzen. Um daraus gleich wieder politisches Kapital zu schlagen, wurde gefordert, mit der »Verteufelung eines gesunden, natürlichen Vaterlandsbewusstseins und derjenigen, die sich in ihrer politischen Arbeit mit legalen und legitimen Mitteln einsetzen«, Schluss zu machen, womit man selbstverständlich sich selbst meinte.

Als eine wichtige Seite bei der Festigung der eigenen Reihen sehen die NPD-Führer die Verstärkung ihrer

Schulungstätigkeit an. Diese ist in den verschiedenen Organisationseinheiten sehr unterschiedlich entwickelt und in manchen bayrischen Orten oder in sächsischen NPD-Hochburgen mehr ausgebaut als in Norddeutschland. Es gibt Bildungsabende, Wochenendseminare, eine umfangreiche Beschickung mit Gastreferenten aus dem rechtsextremen Spektrum und auch ein erweitertes Angebot schriftlicher Materialien. Erfolge konnte die NPD, zum Teil verbunden mit anderen rechtsextremen Kräften, beim Erwerb von Immobilien in verschiedenen Teilen Deutschlands erzielen, nach deren Ausbau auch regionale Schulungszentren entstehen sollen. Vor allem wird natürlich viel Getöse um den Aufbau des NPD-Bildungszentrums in Berlin-Köpenick gemacht, das unmittelbar neben der Parteizentrale entsteht. Es soll 60 Studienplätze umfassen, Übernachtungsmöglichkeiten bieten und auch den Raum für eine »nationale Zentralbibliothek« enthalten. Davon erhofft sich die NPD sowohl verbesserte Möglichkeiten für die ideologische Aufrüstung ihrer Kader als auch Zugewinn im öffentlichen Ansehen.

Schließlich spielt für den Zusammenhalt der Partei und ihrer Nebenorganisationen wie den Jungen Nationaldemokraten (JN) und dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) sowie für die Außenverbindungen die Internetpräsenz eine bedeutende Rolle. Seit dem 18. März 2003 wurde diese weiter ausgebaut und zum Beispiel für die Propagierung der NPD-Positionen zum Irak-Krieg genutzt. Im April wurde eine neue Präsenz der NPD auf einem vom ehemaligen KuKluxKlan-Führer David Duke angebotenen Server in den USA untergebracht. Neben dem offiziellen Angebot des Vorstandes mit aktuellen Mitteilungen und Veranstaltungshinweisen konnte man selbst bei der Google-Suche plötzlich mit Werbeanzeigen der »Deutschen Stimme« gefüttert werden. Der »Chefideologe« der NPD, Jürgen Schwab, war mit Auslassungen auf der Neonazi-Homepage »die Kommenden« zu finden. Und schon seit 2000 wusste der Verfassungsschutz, dass hinter dem unverdächtigen Kürzel »FUN« nicht nur eine spaßige Internet-Partei von Studenten stand, sondern vor allem Mitglieder der NPD und ihrer Jugendorganisation.

Politische Stoßrichtung: gegen das »System«

Das Grundmuster der Ideologie und politischen Agitation der NPD ist seit Jahren dasselbe und auf der Grundlage der Analyse ihrer Schriften, Erklärungen und Reden in wissenschaftlichen Untersuchungen, journalistischen Recherchen, Verfassungsschutzberichten und nicht zuletzt in den Verbotsanträgen an das Bundesverfassungsgericht dokumentiert:

– Die NPD sieht sich weiterhin im »Befreiungskampf für unser Volk« mit dem Ziel der »Wiederherstellung des Deutschen Reiches« und dies in den Grenzen »Großdeutschlands« der Nazi-Vergangenheit.

– Die NPD wendet sich gegen die Vorstellung einer bloßen Rechtsverschiebung des Parteiensystems oder eines bloßen »Personalwechsels« (Regierungswechsels) in der BRD, sie bezeichnet das liberalkapitalistische System insgesamt für gescheitert und will es daher weder stützen, noch reformieren, sondern ablösen.

– Mit der von ihr erstrebten und propagierten »neuen Ordnung« verbindet die NPD völkische und biologistische Vorstellungen, fordert sie eine »Volksgemeinschaft« orientiert an Hitlers »Drittem Reich«.

Zu ihrem Geschichtsrevisionismus gehört

– die Glorifizierung faschistischer Führer wie Rudolf Heß, die Hetze gegen die »Wehrmachtsausstellung«, die Berufung auf den »hohen Blutzoll« der Väter und Großväter, die Verherrlichung deutscher Kolonialpolitik, die Propagierung der Mythen über das Germanentum, über Kaiser und Reich;

– eine unveränderte rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, die Deutschland wieder von allen Einwanderern »säubern« will (»Ausländerstop«, »Rückführung«, »Beseitigung der Überfremdung«) und theoretisch mit Begriffen von einem »lebensrichtigen Menschenbild« und einem »Ethnopluralismus« (ethnische Vielfalt in streng voneinander getrennten Lebensräumen) verbrämt wird;

– ein teils offen, teils verdeckt vorgetragener Antisemitismus, der sich zwar an den allgemein bekannten Argumentationsmustern (Behauptungen von einer angeblichen weltweiten Dominanz des »Judentums« im Finanzkapital und in der internationalen Politik) orientiert, aber auch an faschistischer Hetze, an Israel-Kritik im Zusammenhang mit der Nahost-Politik anknüpft, mit Antiamerikanismus verbunden ist und nicht zuletzt durch die geistigen Brandstifter des »Deutschen Kolleg« um Horst Mahler immer wieder angestachelt wird.³

Diese offene, aggressiv-militante Feindschaft gegenüber einer demokratischen Ordnung, gegenüber ihren Bürgern, gegen Mitmenschlichkeit und Toleranz hat sich bei der NPD auch nach dem 18. März 2003 nicht geändert. Die Phrasen tönen oft noch lauter (»Aufstehen für die nationale Revolution«), die Hetze bleibt gefährlich.

Aus ihrer Stoßrichtung gegen das »System« macht die NPD keinen Hehl. »Das System hat keinen Fehler, es ist der Fehler«, tönte kürzlich Stefan Rochow, der Vorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Das »System« neige sich dem Ende zu, heißt es und aus dem weit verbreiteten Unmut der Bürger über

die gegenwärtige Politik der Bundesregierung, aber auch der CDU/CSU-Opposition schöpft die NPD neue Hoffnung, mit ihren Parolen beim Publikum anzukommen. Zu einem großen Teil hat sich die NPD die Argumentation von Horst Mahler zu eigen gemacht, dass die BRD gar kein richtiges Staatswesen sei, sondern nur ein »Gebilde«, ein Konstrukt der Besatzungsmächte ohne Legitimation. Die »Systemkrise« erscheint fast in jeder Publikation, die »Parteien« in dieser als »degenerierte Machtbetriebe«. Das politische System müsse mit vereinten Kräften überwunden werden, heißt es im Aufruf für die Demo zum 1. Mai 2004. Noch sei der Wähler in der »Systemfalle« gefangen, welche ihn noch blockiere, schrieb Udo Voigt.

Charakteristisch ist der Versuch der NPD, sich immer wieder an aktuelle politische Debatten anzuhängen, so durch die Hintertür Parolen einzuschmuggeln und damit mehr Gehör zu finden. Das deutlichste Beispiel dafür war im vorigen Jahr die Beteiligung von Führern und Anhängern der NPD an Diskussionen und Aktionen gegen den Krieg der USA im Irak. Unter dem Deckmantel der angeblichen »Friedensfreunde« und des Antiimperialismus gelang es der NPD tatsächlich an manchen Orten, sich unter die breite Mehrheit der Bevölkerung zu mischen, die den Krieg verurteilte. Die wahre Position der NPD, die Anknüpfungspunkte suchte, um ihren Nationalismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus zu verbreiten, wurde oft erst spät erkannt.

In ähnlicher Weise versuchte die NPD (wie die anderen Neonazi-Gruppierungen auch) dem Gedenken an die Opfer der Zerstörung Hamburgs vor 60 Jahren im Bombenkrieg eine nationalistische und antiamerikanische Spitze aufzusetzen. An die Empörung der Bevölkerung über den Kindermord in der Eifel im Sommer 2003 versuchte sich die NPD mit einer populistischen Kampagne für die Wiedereinführung der Todesstrafe anzuhängen. Und die Auseinandersetzung um die antisemitische Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann wurde von der NPD benutzt, um dessen Verurteilung als einen »Triumph des Antigermanismus« darzustellen und sich der hetzerischen Darstellung des »jüdischen Bolschewismus« anzuschließen.

In hysterischer Art und Weise hängt sich die NPD in die Auseinandersetzungen um Zuwanderung und die Frage einer möglichen EU-Aufnahme der Türkei hinein: »Deutsche wehrt Euch – Nein zum EU-Beitritt der Türkei«. Unter diesem Titel hat die NPD seit Anfang 2003 Zehntausende Flugblätter, Aufkleber und vier Meter breite Transparente herstellen lassen, die sie immer aufs Neue ihren Verbänden und Basisgruppen anbietet. Weitere Werbemittel wurden zur geplanten Osterweiterung der EU hergestellt – alles mit dem erklärten Ziel, den »Umvolkungsplänen der Etablier-

3 Quellen im Internet abrufbar unter <http://www.bmi.bund.de> oder <http://www.verfassungsschutz.de>

ten« Widerstand zu leisten. Immer wird dabei behauptet, dass die Deutschen bald zur Minderheit im eigenen Land werden würden. Der niedersächsische Landesverband der NPD führte im Herbst 2003 eine landesweite Kampagne »Heimreise statt Einwanderung – Deutsche Kinder braucht das Land« durch, in deren Rahmen unter anderem Demonstrationen in Braunschweig und Lüneburg stattfanden.

Vor allem will die NPD nun den beginnenden Wahlkampf zur Europawahl für nationalistische Propaganda nutzen. Im Leipziger Appell vom August kennzeichnete der Parteivorstand ein Zerrbild des gegenwärtigen Europa, prangerte den »Ausverkauf deutscher Interessen« an und versuchte, wie oben bereits erwähnt, eine gemeinsame Plattform mit den anderen rechtsextremen Parteien zu schaffen. Das gelang zwar nicht, aber aus dem in Saarbrücken im Oktober beschlossenen Europawahlprogramm lässt sich die Richtung der NPD-Wahlslogans ablesen. Danach erscheint als zentrales Motto »NEIN zum EU-Europa«, wird populistisch der Ausstieg aus der Währungsunion und später aus der EU überhaupt gefordert.

Im konkreten bleibt es bei der Ablehnung der Erweiterung der EU auf 25 Staaten, bei der Warnung vor einer »Völkerwanderung« und dass nach einer Aufnahme der »raumfremden« Türkei dann auch der Beitritt des »raumfremden« Israel vor der Tür stehen könnte. Als lächerliches Nebenprodukt taucht dabei ein Gespinnst des NPD-Ideologen Jürgen Schwab auf, der verkündet, dass stattdessen die politische Neuordnung Europas auf der Grundlage der »supranationalen europäischen Reichsidee mit Deutschland als Zentrum« (nach dem Sturz des »angloamerikanischen Anti-Reiches«) erkämpft werden müsse, wobei die Berufung auf den von Mythen umgebenen Kaiser im Kyffhäuser, Friedrich Barbarossa, nicht fehlt.

NPD hofft auf neue Wahlerfolge

Wenn sich die NPD im Jahre 2004 Hoffnung auf neue Wahlerfolge macht, dann aus der Einschätzung heraus, dass die desaströse und sozialreaktionäre Politik der Bundesregierung in der Bevölkerung tiefen Unmut ausgelöst hat, bei Umfragen die SPD immer schlechter abschneidet und die steigende Zahl der Nichtwähler ein Potential darstellt, aus dem sich unter Umständen doch eine wachsende Zahl von Wählerstimmen für Rechtsaußen gewinnen lässt. Entsprechend werden die Nichtwähler auch als die eigentliche Zielgruppe bestimmt.

Die NPD will auf allen drei Ebenen antreten. Sie hat Festlegungen getroffen, die auf die Teilnahme sowohl an den zahlreichen Kommunalwahlen, als auch an den vier stattfindenden Landtagswahlen sowie an der Europa-

wahl orientieren. Sie appelliert an ihre Mitglieder und Funktionäre, große Aktivität zu entfalten, Unterstützerunterschriften zu sammeln, Flugblätter zu verteilen, Versammlungen und Infostände zu organisieren.

Für die Kommunalwahlen macht sich die NPD mit den Ergebnissen Mut, die sie im vorigen Oktober bei den Kommunalwahlen in Brandenburg erreichte, wo durch schwerpunktmäßigen Einsatz ihrer Kräfte Mandate vor allem im Oder-Spree-Kreis, im Landkreis Oberhavel und in der Prignitz gewonnen wurden. Mit 2 Mandatsträgern, darunter dem Bundessprecher der NPD Frank Beier, konnte sie im Kreistag Oder-Spree nun eine Fraktion bilden (bei einem Stimmenanteil von 2,94 Prozent), mit einem Mandatsträger in die Stadtverordnetenversammlung Wittstock einziehen und erreichte auch in solchen großen Gemeinden wie Birkenwerder, Velten, Meyenburg jeweils zwischen vier und fünf Prozent Stimmenanteile, in Storkow 5,19 Prozent.

Bei bekanntermaßen geringer kommunalpolitischer Kompetenz der NPD waren dies Erfolge vor allem aus dem Bekanntheitsgrad ihrer Kandidaten heraus, aber auch Zustimmungen zu ihren allgemeinen und EU-feindlichen Parolen. Demagogisch hatte sie unter anderem gefordert: »Arbeit für Deutsche. Nein zur EU-Osterweiterung!«, »Wir sind ein Volk. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!«, »Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Mittelstand fördern!« und »Gemeinschaft statt Egoismus, zusammen sind wir stark«.

Ein starkes Augenmerk richtet die NPD auf das Bundesland mit der höchsten Bevölkerungszahl, auf Nordrhein-Westfalen, wo sie bereits über einzelne kommunalpolitische Mandate verfügt, die sie nun ausbauen will. In NRW finden in diesem Jahre keine Landtagswahlen statt und die Kommunalwahlen auch erst im Herbst, so dass mehr Zeit zur Vorbereitung bleibt. Eine umfangreiche Demonstrations- und Kundgebungsaktivität der extremen Rechten soll in den nächsten Monaten für Wahlerfolge den Boden bereiten.

Den Durchbruch hofft die NPD in Dresden zu schaffen. Hier soll ein Beispiel entstehen, wie durch eine »Eini-gung« der nationalistischen Kräfte ein entscheidendes Gewicht in der Stadtpolitik einer solchen bedeutenden Stadt erreicht werden kann. Ein »Signal für Dresden und für Deutschland« soll in der Vorbereitung und im Ergebnis der Kommunalwahl im Juni 2004 ausgesandt werden, tönt man. Sehr frühzeitig – Vorgespräche fanden schon Ende 2002 statt – sammelte man Kräfte für ein »Nationales Bündnis Dresden«. Am 24. April 2003 wurde es aus der Taufe gehoben. Was man später auf der zentralen Ebene anstrebt, wurde hier vordemonstriert. Bei Anwesenheit der Landesvorsitzenden der sächsischen Republikaner und der stellvertretenden Landesvorsitzenden von NPD und DVU wurde ein Vorstand etabliert, dessen Vorsitz der stellvertretende Bundesvor-

sitzende der NPD und Chefredakteur der »Deutschen Stimme«, Holger Apfel, übernahm. Die zweite Reihe bildeten der Kreisvorsitzende der Republikaner (er wurde umgehend von der Republikaner-Führung in Berlin ausgeschlossen), ein ehemaliger Kreisvorsitzender und ein ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner, ein DVU-Kreisschatzmeister und der NPD-Kreisvorsitzende.

Dieser illustre Kreis hat seitdem nicht geringen Wirbel veranstaltet. Offenbar mit größeren finanziellen Mitteln ausgestattet führte er eine Reihe von Veranstaltungen durch, verteilte rund 100.000 Flugblätter mit seinen Ansichten, besorgte aus der rechtsextremen Szene Referenten wie Prof. Weinschenk und den Vorsitzenden der Deutschen Partei, Dr. Kappel. Kulturelle Umrahmungen ließ man sich wie sonst bei NPD-Veranstaltungen auch von Jörg Hähnel produzieren. An die inzwischen über 100 offiziellen »Mitglieder« des Bündnisses ließ man Mitgliedsausweise ausgeben. In den Mittelpunkt des gegen Ausländer gerichteten demagogischen Auftretens in Dresden werden gegenwärtig Forderungen nach Arbeitsplätzen für Deutsche, nach schneller Ausweisung von Asylanten und »kriminellen Ausländern«, nach stärkerer Berücksichtigung deutscher Händler und Betriebe bei Marktständen und nach einem Mahnmal »für die Opfer des alliierten Bombenterrors« gerückt. Der Antisemitismus kommt ins Spiel mit der Kampagne gegen den Umbau des früheren Heeresmuseums durch den Architekten Daniel Liebeskind.

Während man noch mit der Organisierung der Unterstützerunterschriften beschäftigt ist, macht man im NPD-dominierten Dresdner Bündnis bereits Stimmung für Wahlergebnisse über 1,8 Prozent und preist das Bündnis als nachahmenswertes Beispiel für andere sächsische Orte.

Die Teilnahme der NPD an den vier Landtagswahlen in diesem Jahr ist von Landesparteitag und vom Parteivorstand abgesegnet. In der ersten Etappe des Wahlkampfes geht es auch hier um die Sammlung der notwendigen Unterstützerunterschriften. Hilfe von anderen Parteien in diesen Wahlkämpfen hat die NPD freilich nicht zu erwarten, auch wenn die übrigen Rechtsaußen-Parteien nicht in jedem Bundesland antreten werden.

In Sachsen beruft sich die NPD auf die 1,4 Prozent Stimmenanteil im Jahre 1999, glaubt diesen auf Grund der gesellschaftspolitischen Situation heute überbieten zu können und möchte auf Grund der Bedeutungslosigkeit von FDP und Grünen im Freistaat dort gleich viertstärkste Partei werden. Auch hier ist Holger Apfel als Spitzenkandidat aufgestellt. Im Zentrum ausländerfeindlicher Hetze steht der Kampf gegen die EU-Osterweiterung. Der CDU wolle man »die Maske vom Gesicht reißen«, denn sie trage die Hauptverantwortung für die »millionenfache Überfremdung, die multikrimi-

nelle Gesellschaft, die Auflösung gewachsener Nationalstaaten«, die Einführung der D-Mark und damit nicht zuletzt die skandalösen Einschnitte im Gesundheits- und Sozialsystem.

In Thüringen, wo der Bundesgeschäftsführer der NPD Frank Schwerdt Spitzenkandidat ist, erklärt die NPD, auch Vertreter anderer »nationaler Parteien« und »freier Kameradschaften« würden auf ihrer Landesliste antreten. Zu diesen gehört der Neonazi Thorsten Heise (Platz 3 der Landesliste), der als früherer Landesvorsitzender der verbotenen FAP in Niedersachsen und als Anführer der Kameradschaft Northeim berüchtigt ist. Im Wahlkampf sollen vor allem die katastrophale wirtschaftliche Lage und die hilflosen Versuche der »Systemparteien, die Probleme in den Griff zu bekommen«, angesprochen werden.

Auch in Brandenburg will die NPD neben den Auswirkungen der EU-Osterweiterung die unmittelbaren »Segnungen« des von SPD und CDU verabschiedeten »Reformpakets« zum Thema machen und gestützt auf die Ergebnisse der Kommunalwahl vor allem viele Wähler, die im Oktober nicht zur Wahl gingen, erreichen.

Für die Europawahl hat die NPD trotz mancher vollmundiger Erklärungen im Grunde nicht die Illusion, dass allein oder im Verbund mit anderen die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen werden könnte. Ihr geht es um die Möglichkeiten größerer Medienpräsenz, der umfangreicheren Verbreitung ihrer hetzerischen Parolen und natürlich auch um die Chancen, Wahlkampfkosten zurückerstattet zu bekommen. Nachdem in den vergangenen Wochen alle Möglichkeiten geschwunden sind, doch noch Wahlbündnisse schmieden zu können, bleibt nun das Flehen an die anderen rechtsextremen Parteien, man möge doch im Wahlkampf wenigstens nicht hart gegeneinander, sondern fair nebeneinander streiten, um sich nicht zur Freude der Öffentlichkeit zu zerfleischen.

Ihren Europawahlkampf begann die NPD nicht zufällig im italienischen Sirmione. Dort trat der Parteivorsitzende der NPD gemeinsam mit Roberto Fiore, dem Chef der »Forza Nuova« vor rund 1000 italienischen Neofaschisten und Hunderten deutschen Touristen auf. Zusammen hetzten sie gegen die Europäische Union, gegen die »amerikanische Ostküste« und »raumfremde Staaten« wie die Türkei und Israel.

Schaffung einer »Internationale der Nationalisten«

Die Schaffung einer weltweiten Verbindung der Neofaschisten, zumindest aber derer in Europa, schwebt der NPD schon immer vor. Besonders strengt sich in dieser Richtung ihre Jugendorganisation, die Jungen National-

demokraten, an, die schon mehrfach »Europakongresse« ausrichtete. Zu diesen wurden Delegationen von neofaschistischen Gesinnungsgenossen aus Italien, Schweden, Irland, Tschechien und Großbritannien eingeladen, zudem Grußbotschaften aus Kroatien, Griechenland und den Niederlanden organisiert. Nach wie vor wird dabei die im Zweiten Weltkrieg entstandene »Kampfgemeinschaft« von SS-Bataillonen und anderen Freiwilligenverbänden an der Seite Hitlerdeutschlands als die eigentliche Wurzel des zu pflegenden europäischen Gedankens verherrlicht. Auch die NPD selbst hat mit solcher Art von Kongressen, zu denen Referenten der äußersten Rechten aus anderen Ländern eingeladen wurden, von sich Reden gemacht.

Viele Verbindungen ins Ausland sind inzwischen relativ gefestigt, so dass nicht nur die Lieferwege immer neuer volksverhetzender CD's ausgebaut werden konnten, sondern z. B. in der Zeit des drohenden NPD-Verbots weitere Rückzugsgebiete für Personen und Finanzen anvisiert waren.

Es geht aber bei den Auslandskontakten vor allem um die Erweiterung von Partei- und anderen Organisationsstrukturen in diesen Ländern selbst, um ideologischen Einfluss, um Schulungen, Publikationen und gemeinsame Veranstaltungen. In der jüngsten Vergangenheit hatten offensichtlich die Verbindungen der verschiedenen Neonazigruppen, darunter der NPD, nach Schweden Priorität. Dort wurden Immobilien erworben und im Dezember fand der bisher größte Neonaziaufmarsch in diesem Land statt. Die Fäden laufen aber nicht nur nach Nord- und Westeuropa, sondern auch verstärkt zum Balkan, wo u. a. eine neue Generation kroatischer Faschisten die alten Bande aufleben lässt. Bisherige NPD-Kader aus Sachsen-Anhalt betätigen sich neuerdings im Kosovo im Transport-, Telekommunikations- und Touristikgeschäft, wahrscheinlich auch im Waffenhandel. Und während sich die NPD in ihren Verbindungen nach Russland, Belorußland, der Ukraine, den baltischen Staaten, nach Polen oder der Slowakei in Konkurrenz zu anderen rechtsextremen Vereinigungen befindet, sind ihre Einflüsse in Österreich und der Schweiz »nachbarschaftlich«. Die noch weiter rechts als Haider und Blocher dort agierenden Gruppen sind eher als Unterabteilungen der NPD anzusehen, werden entsprechend gefördert und betreut. Und dass das ehemalige faschistische Spanien die Neonazis besonders anzieht, konnte man erkennen, als im Sommer 2003 Udo Voigt dort die Möglichkeit erhielt, über einen deutschen Urlaubersender längere Zeit zu schwafeln und zu hetzen. Es ist klar, dass es gerade solche Ausstrahlungen sind, die die NPD bei ihrer Teilnahme am Europawahlkampf sucht.

Schließlich ist noch darauf zu verweisen, dass die NPD-Spitze auch Kontakte über Europa hinaus unterhält, zu

den Rassisten in Südafrika, den chilenischen Faschisten, zu Nazis in den USA, die bereitwillig ihre Internet-Möglichkeiten zur Verfügung stellen, um neue rassistische und antisemitische Munition für den Kampf in Deutschland zu liefern. Der Versuch von Udo Voigt, im vergangenen Jahr auch den Schulterchluss mit den australischen Neonazis herzustellen, scheiterte allerdings am Einreiseverbot der australischen Regierung.

Weiter lieferbar!

Klaus Kinner/ Rolf Richter (Hrsg.)
Rechtsextremismus und Antifaschismus
Historische und aktuelle Dimensionen
Schriften 5 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
295 Seiten, Broschur, 14,90 €
ISBN 3-320-02015-3